

Bäuerliches Klimanetzwerk

Welchen Stellenwert wird der Klimaschutz in Ihrer Agrarpolitik einnehmen?

Die Landwirtschaft spielt für den Klimaschutz eine zentrale Rolle. Durch die nachhaltige Flächenbewirtschaftung leistet diese bereits jetzt einen enormen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Dies kann im Rahmen einer zukunftsfähigen Kohlenstoffwirtschaft dazu genutzt werden, Kreisläufe durch Nutzung von Sekundärrohstoffen zu schaffen und so CO₂ klimaunschädlich durch Speicherung abzuscheiden. So können wir Kohlenstoff als wichtigen Rohstoff nachhaltig und innovativ nutzen und uns mittels Dekarbonisierung zunehmend von der Ausbeutung fossiler Quellen lösen. Auf diesem Wege wollen wir die Landwirtschaft in den CO₂-Zertifikatehandel einbinden, um sie so noch klimafester zu machen. Wir wollen die Forschung im Bereich der Emissionsminderung fördern und zur Marktreife bringen, um deren Chancen, etwa bei der Verfütterung von Insektenproteinen und Algenzusätzen zur Emissionsenkung in der Rinderhaltung, zu nutzen. Dazu sind unter anderem auch Carbon Farming und der Einsatz von Pflanzenkohlen und Bio-Pyrolyse geeignet.

Welche konkreten Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels möchten Sie in NRW veranlassen?

Für die notwendige Begrenzung des CO₂-Ausstoßes muss auf Bundesebene und international das stärkste und sinnvollste Instrument Anwendung finden: die Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Seine Ausweitung über alle Sektoren und idealerweise auch über alle Staaten dieser Erde garantiert das Einhalten des Ziels der Klimaneutralität sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad. Gleichzeitig sorgt der Emissionshandel für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair. Bei der Ausweitung des Emissionshandels sind zunächst der Bund und die EU gefordert – langfristig ist jedoch klar, dass ein konsequenter Emissionshandel einer internationalen Ausweitung bedarf. Denn eine effiziente Klimapolitik gelingt nur dann, wenn global gehandelt wird. Klimaschutz ist und bleibt eine internationale Aufgabe und kann nur durch eine weltweite Zusammenarbeit vollständig erreicht werden.

Wie werden Sie erreichen, dass die Maßnahmen zum Klimaschutz gesellschaftlich akzeptiert und sozial gerecht gestaltet werden?

Damit Klimaschutz keine soziale Frage wird, muss es einen Ausgleich für Mehrbelastungen geben. Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken und die für Endverbraucher belastenden Subventionen im Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein marktwirtschaftliches Modell ablösen. Denn die Energiewende darf nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen durch hohe und unverhältnismäßige finanzielle Belastungen eingeschränkt werden. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung unter anderem die Abschaffung der EEG-Umlage noch in diesem Sommer beabsichtigt.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Land- und Forstwirtschaft im Umgang mit den klimatischen Veränderungen zu unterstützen?

Steigende Temperaturen, Dürre sowie Wetterextreme als Folgen des Klimawandels machen Anpassungen auch in der Landwirtschaft notwendig. Wir wollen die Erforschung der Möglichkeiten des Sojaanbaus in Deutschland intensivieren, um den Betrieben einen neuen Markt zu erschließen und die wachsende Nachfrage nach veganen und vegetarischen Produkten bedienen zu können. Gleichzeitig kann der Anbau auf Ackerflächen in Deutschland einen Beitrag leisten, um das Abholzen wertvoller Regenwälder für den Sojaanbau in Südamerika zu verhindern. Wir wollen deshalb Waldbauern und Forstwirtschaft unterstützen, damit unsere Wälder sich schnell wieder erholen können. Gleichzeitig wollen wir neue Anreize schaffen, um Waldflächen als Lebensräume und Klimaschützer zu stärken und Aufforstungspotenziale zu nutzen. Wir unterstützen Innovationen in Züchtung und Digitalisierung und anderen Bereichen, um ressourcenschonender zu wirtschaften, Pflanzen an die klimatischen Veränderungen anzupassen und die Erträge zu verbessern.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Maßnahmen zum Schutz des Klimas?

Finanzierungsgrundlage für alle Maßnahmen, die zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und zum Schutz des Klimas beitragen, ergeben sich aus dem marktwirtschaftlichen Anreizmechanismus des Emissionshandels, der das wirksamste Klimaschutzinstrument darstellt. Deshalb wollen wir den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Für die erfolgreiche Finanzierung der klimaneutralen Transformation, vor allem in der Energiewirtschaft, der Industrie, der Verkehrs- und der Wohnungswirtschaft, werden wir die Finanzplatzinitiative Fin.Connect.NRW weiter stärken. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir entschieden entgegen. Mit einer weiterhin klugen Schwerpunktsetzung lassen sich alle auf Landesebene gebotenen Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung des Industriestandorts NRW sowie in geeignete Anpassungsstrategien aus dem regulären Landeshaushalt bestreiten.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Forschung und Entwicklung klimaangepasster Landwirtschaftsstrategien?

NRW verfügt über eine hervorragende Forschungslandschaft im Bereich Agrarforschung und damit die passende Ausgangslage, um zukunftsweisende und klimaresiliente Technologien für die Landwirtschaft zu entwickeln. Für eine nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft sind Forschung und Lehre in Agrarwissenschaften unverzichtbar. Dass hier die Studierendenzahlen steigen, ist ein wichtiges Signal für die Zukunft. Daher fördern wir den Ausbau der Kapazitäten. Wir wollen die Agrar- und Umweltfakultäten in NRW stärken. Erst 2018 wurde in unserer Regierungsverantwortung die Einführung von zwei neuen Bachelorstudiengängen, Precision Farming sowie Digitales Freiraummanagement am Standort Höxter gefördert. Landwirtschaft 4.0 ermöglicht Landwirtinnen und Landwirten einen klimafreundlicheren Umgang mit natürlichen Ressourcen und Pflanzenschutzmitteln. Wir wollen Innovationen in Züchtung, Digitalisierung und anderen Bereichen voranbringen, die dazu beitragen, dass die Ernten klimaresilienter werden.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Ausgleichszahlungen bei Missernten und weiterer klimabedingter wirtschaftlicher Schäden?

Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht länger abhängig von Sofort-Programmen sein. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen es den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, mit steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklagen in guten Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorzusorgen. Auf diese Weise werden sie unabhängiger von staatlichen Notprogrammen und können risikoorientiert handeln. So wollen wir der Land- und Forstwirtschaft die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtern. Zudem lassen sich mit einer klugen Schwerpunktsetzung alle auf Landesebene gebotenen Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung sowie in geeignete Anpassungsstrategien aus dem regulären Landeshaushalt bestreiten. Eine Aufweichung der Schuldenregeln lehnen wir ab.

Wie möchten Sie Perspektiven insbesondere für Junglandwirt:innen schaffen und so den Berufsstand und bäuerliche Strukturen in NRW erhalten?

Junge Landwirtinnen und Landwirte tragen als Gründerinnen und Gründer zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei, sorgen mit ihren Betrieben für Ernährungssicherheit und pflegen Kultur und Landschaft. Daher ist es Aufgabe der Politik, gerade jungen Landwirtinnen und Landwirten bei Ihrer wichtigen Aufgabe zur Seite zu stehen, indem wir sie bei der Übernahme und eventuellen Neuausrichtung ihrer Betriebe unterstützen. Gerade im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gibt es viele Gründerinnen und Gründer, die innovative und nachhaltige Konzepte verfolgen. Dafür brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Dazu wollen wir den Berufsstand attraktiver gestalten und Anreize schaffen. Hierzu zählt eine verbesserte Work-Life-Balance und weniger Bürokratie. Wir wollen uns für eine konsequente Digitalisierung der Landwirtschaftsverwaltung einführen und so die Antrags- und Dokumentationslast verringern.